

Pressemitteilung  
Nr. 166/2020  
Kiel, 14.09.2020

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Minister Albrecht muss die Karten auf den Tisch legen**

*Zur parteiübergreifenden Kritik der Gemeindevertretung Harrislee am Beschluss der Jamaika-Koalition zur Deponierung schwach radioaktiven Bauschutts (Drucksache 19/2072) erklärt der umweltpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Christian Dirschauer:*

Umweltminister Albrecht muss den Menschen jetzt reinen Wein einschenken: Wird die Deponiesuche noch ergebnisoffen geführt, oder setzt Jamaika längst auf Zwangsmaßnahmen statt Freiwilligkeit? Der Beschluss der Jamaika-Koalition vom 8. Mai legt dies zumindest nah. Insofern ist die Verunsicherung in Harrislee für uns gut nachvollziehbar.

Unsere Haltung zur Entsorgung von AKW-Bauschutt hat sich seit 2016 nicht geändert: Freigegebene Abfälle sollten dort entsorgt werden, wo sie entstanden sind und gutes Geld damit verdient wurde. Entsorgungspflichtig ist nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz ohnehin der Kraftwerksbetreiber selbst und nicht das Land. Und annahmepflichtig ist der Entsorgungsträger im entsprechenden Landkreis.

Wenn Minister Albrecht unbedingt auf eine Entsorgung außerhalb der AKW-Gebiete setzt, dann sollte er die Prüfkriterien zumindest so fassen, dass nicht nur die technische Machbarkeit eine Rolle spielt, sondern auch andere Risiken. Diplomatische Zerwürfnisse etwa, die entstehen, wenn man unseren dänischen Nachbarn radioaktiven Bauschutt direkt vor die Tür kippt, wie es in Harrislee der Fall wäre. Mit dem SSW ist das jedenfalls nicht zu machen.